

Öffentliche Niederschrift
7. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin: Montag, 23.06.2025
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:25 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Jörg Bischoff SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Bürgermeister Werner Nakot	CDU	
Helmut Bennewa	CDU	
Eugen Lenz	CDU	
Georgis Schmidt	CDU	
Saadettin Tüzün	CDU	
Helmut Brodrick	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	Vertretung für: Denise Horn
Maximilian Janetzki	SPD	
Sonja Bongers	SPD	Vertretung für: Thors-ten Kamps
Manuel Otto Prohl	SPD	
Axel Scherer	SPD	
Andreas Gadde	DIE GRÜNEN	
Sandra Gödderz	DIE GRÜNEN	
Yusuf Karacelik	LINKE.LISTE	
Jörg Lange	AfD	
David Bletgen	FDP im Rat	
Ulrich Lütte	BOB im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Detlef Peters	CDU	Vertretung für: Christa Müthing
Dennis Schönau	CDU	

Schriftführung

Markus Danel

Verwaltung

Oberbürgermeister Daniel Schranz	CDU
1. Beigeordneter und StK. Apostolos Tsalastras	Dezernat 1
Beigeordneter Frank Motschull	Dezernat 2

Beigeordneter Jürgen Schmidt	Dezernat 3
Beigeordneter Michael Jehn	Dezernat 4
Beigeordneter Dr. Thomas Palotz	Dezernat 5

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Denise Horn	SPD	entschuldigt
Thorsten Kamps	SPD	entschuldigt
Tim Dobnik	DIE GRÜNEN	entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Christa Müthing	CDU	entschuldigt
-----------------	-----	--------------

Weitere Teilnehmende Verwaltung / Gäste /Sonstige

Carsten Kießling	Bezirksregierung Düsseldorf	bis Ende TOP 2
Simone Kaspar	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	bis Ende TOP 2
Mario Deckers	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	bis Ende TOP 2
Patrick Marhofen	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	bis Ende TOP 2
Markus Daschner	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	bis Ende TOP 2
Lars Cramer	Gemeindeprüfungsanstalt NRW	bis Ende TOP 2
Eva Franke	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Sabine Ingenleuf	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Andreas Januschewski	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Claudia Kemper	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Sabine Küpper	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Hans-Jörg Möhlen	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Christina Niehoff	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Dorota Pawlik	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Stefan Vogt	Bereich 0-2/Rechnungsprüfung	
Benjamin Roth	Bereich 3-1/Kinder, Jugend und Familie	bis Ende TOP 2
Stephanie Peters	Bereich 3-2/Soziales	bis Ende TOP 2
Britta Costecki	Bereich 4-1/Personal und Organisation	bis Ende TOP 2
Cagla Özkan	Bereich 4-1/Personal und Organisation	bis Ende TOP 2
Niklas Gehrmann	Bereich 4-1/Personal und Organisation	bis Ende TOP 2
Rouven Schims	Bereich 5-3/Bauordnung	bis Ende TOP 2
Thomas Bauckmeier	Bereich 5-6/Mobilität	
Pierre Fischer	Servicebetriebe Oberhausen (SBO)	

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Eröffnung der Sitzung, formelle Feststellungen und Hinweise	
2	Überörtliche Prüfung 2023 ff. i. S. d. § 105 GO NRW der Gemeindeprüfanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW)	M/17/6688
3	Neues Kommunales Finanzmanagement; Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023	B/17/6718
4	Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zum Altschuldenentlastungsgesetz	
5	Tätigkeitsbericht der Stabsstelle Compliance	M/17/6715
6	Bestellung von zwei Meldestellenbeauftragten nach § 15 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)	M/17/6713
7	Beitritt zum Institut der Rechnungsprüfer (IDR)	B/17/6503

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

1 Eröffnung der Sitzung, formelle Feststellungen und Hinweise

Der Vorsitzende **Herr Stadtv. Bischoff** eröffnet die 7. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses in der Legislaturperiode 2020/2025. Er begrüßt den Oberbürgermeister, den Bürgermeister, die Mitglieder und die sachkundigen Bürger des Ausschusses, die Vertreter/innen der Verwaltung sowie die Vertreter/innen der Bezirksregierung Düsseldorf und der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW).

Der Vorsitzende **Herr Stadtv. Bischoff** stellt fest, dass die Einladung zur 7. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses form- und fristgerecht am 12. Juni 2025 erfolgt ist. Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung sowie zur Niederschrift der letzten Sitzung am 27. Juni 2024 ergeben sich nicht.

Entschuldigt haben sich Frau Müthing (Vertreter Herr Peters), Frau Horn (Vertreterin Frau Heitmann), Herr Kamps (Vertreterin Frau Bongers) und Herr Dobnik.

Der Vorsitzende stellt mit der Anwesenheit von 18 Ratsmitgliedern und 2 sachkundigen Bürgern/innen die Beschlussfähigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses fest.

Ferner bittet er alle Anwesenden, sich in die Anwesenheitsliste einzutragen.

**2 Überörtliche Prüfung 2023 ff. i. S. d. § 105 GO NRW der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW)
M/17/6688
zur Kenntnis genommen**

Der Vorsitzende **Herr Stadtv. Bischoff** leitet den Bericht über die Überörtliche Prüfung 2023 ff. i. S. d. § 105 GO NRW der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) mit der Vorlage: M/17/6688 ein, begrüßt die Prüfer/innen der Gemeindeprüfungsanstalt und übergibt das Wort an die **stellvertretende Präsidentin der gpaNRW Frau Kaspar**.

Die **stellvertretende Präsidentin der gpaNRW Frau Kaspar** bedankt sich für die Einladung zur Teilnahme an der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und beginnt mit der Vorstellung der Ergebnisse der überörtlichen Prüfung. Die Prüfung erfolgte im Prüfungszeitraum von November 2023 bis März 2025. Hierbei wurden insgesamt 23 kreisfreie Städte zeitgleich geprüft (interkommunaler Vergleich). Ziel der Überprüfung war es festzustellen, ob das Verwaltungshandeln in den Städten den Grundsätzen der Rechtmäßigkeit, Sachgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit entspricht. Trotz der schwierigen Finanzlage konnte die Stadt Oberhausen in einigen Prüffeldern positive Ergebnisse erzielen. Nachfolgend werden die Ergebnisse der einzelnen Aufgabenbereiche von den Prüfer/innen der gpaNRW anhand eines Folienvortrags, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist, vorgestellt. Der ausführliche Prüfbericht der gpaNRW mit allen Feststellungen/Empfehlungen ist der Vorlage als Anlage beigelegt.

1. Finanzen

Zu Beginn wird ein allgemeiner Überblick über die Haushaltssituation im Vergleich zu anderen Kommunen gegeben. Im Rahmen der Darstellung der Prüfungsergebnisse im Zusammenhang mit der Haushaltssteuerung wird unter anderem das Fehlen einer Nachhaltigkeitsstrategie angemerkt. Allerdings sind allgemeine Ziele und Kennzahlen im Haushalt vorhanden. Positiv wird die Vorgehensweise bei den Ermächtigungsübertragungen und beim Kre-

ditmanagement hervorgehoben. Darüber hinaus wird die fehlenden Regelungen beim Anlagenmanagement thematisiert. Empfehlungen werden zu den Themen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Fördermittelmanagement ausgesprochen.

2. Informationstechnik

Die Ergebnisse der IT-Prüfung werden anhand eines Netzdiagramms dargestellt. Allgemein wird unter anderem ein gutes Ergebnis hinsichtlich der Steuerung der IT testiert. Der größte Optimierungsbedarf wird bei der Rechnungsprüfung festgestellt, was in einer entsprechenden Empfehlung mündet.

3. Ordnungsbehördliche Bestattungen

Im Folgenden werden die Prüfungsergebnisse bei den ordnungsbehördlichen Bestattungen erläutert. Oberhausen liegt mit 7,2 Fällen pro 10.000 Einwohner knapp über dem Median der Vergleichskommunen.

4. Mobilitätsmanagement

Im Anschluss wird über die Ergebnisse der Prüfung des Mobilitätsmanagements berichtet. Der Fokus des Konzepts in Oberhausen liegt insbesondere auf der Mobilität innerhalb der Stadtverwaltung, wie beispielsweise Homeoffice, Desksharing und die Elektrifizierung.

5. Öffentlicher Gesundheitsdienst

Bei der Vorstellung der Prüfungsergebnisse zum öffentlichen Gesundheitsdienst wird unter anderem hervorgehoben, dass die Fachstrategie für den Öffentlichen Gesundheitsdienst konkrete operative Ziele enthält, alle Prozesse bereits erfasst und um verbindliche Verfahrensstandards ergänzt sind.

Als Empfehlungen wird unter anderem die Weiterentwicklung von Kennzahlen einschließlich der damit verbundenen konkreten Messung der Zielerreichung aufgeführt. Weiter wird der Aufbau eines Fachcontrollings einschließlich der Integration der Finanzdaten empfohlen.

6. Kommunales Krisenmanagement

Im Rahmen der anschließenden Darstellung der Prüfungsergebnisse zum kommunalen Krisenmanagement wird festgestellt, dass sich die Stadt intensiv auf Krisensituationen vorbereitet. So gibt es im Entwurf einen Katastrophenschutzbedarfsplan, des Weiteren ist ein gut ausgestatteter Krisenstabsraum vorhanden.

Während die Mehrschichtfähigkeit des Krisenstabs gegeben ist, erfolgt die Kommunikation vor und während einer Krise über verschiedene Kommunikationswege.

Als Empfehlungen wird unter anderem genannt, die Entwürfe zum Schutzkonzept umzusetzen, die Einbindung Spontanhelfender zu regeln, Arbeitsplatzbeschreibungen wie geplant zu aktualisieren und ein Schulungskonzept für den Krisenstab aufzustellen. Außerdem sollte die Kommunikation vor und während einer Krise durch Leitlinien unterstützt werden.

7. Hilfe zur Erziehung

Anschließend wird auf die Prüfungsergebnisse im Bereich der Hilfen zur Erziehung eingegangen. Hierbei wird ein vergleichsweise hoher Fehlbetrag festgestellt - nur noch eine andere kreisfreie Stadt weist einen noch höheren Wert auf. Positiv hervorgehoben wird die kritische Haltung des Jugendamtes. Gleichzeitig wird empfohlen, die Akquise freier Träger künftig stärker zu steuern. Des Weiteren bleibt ein Rückgang der Refinanzierung festzuhalten, auf Grund dessen Empfehlungen ausgesprochen werden, wobei jedoch grundsätzlich keine wesentliche Verfahrensoptimierung gesehen wird.

8. Gebäudewirtschaft/ Klimaschutz

Hinsichtlich der Prüfungsergebnisse zur Gebäudewirtschaft und zum Klimaschutz wird unter anderem festgestellt, dass 17 andere Kommunen über besser formulierte Zielsetzungen verfügen. Zudem wird auf die Vorbildfunktion der Stadt gegenüber der Bevölkerung hingewiesen. Nach den Schätzungen der GPA würden pro qm Bruttogrundfläche Investitionen in Höhe von 2.500 EUR benötigt, was bis zum Jahr 2045 jährliche Kosten von rund 80 Mio. EUR und insgesamt 1,76 Mrd. EUR bedeuten würde.

9. Bauaufsicht

Anhand der Präsentation werden anschließend Erläuterungen zur Bauaufsicht, insbesondere zur Bearbeitungsdauer von Bauanträgen und zur Nachhaltigkeit gegeben. Zusätzlich wird auf das GPA Kennzahlenset hingewiesen.

10. Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit wird als Querschnittsthema benannt, das nahezu alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft. Im ausführlichen Bericht sind Kennzahlen zu verschiedenen Nachhaltigkeitszielen enthalten.

Die **stellvertretende Präsidentin der gpaNRW Frau Kaspar** berichtet, dass das weitere Verfahren nach Abschluss der Prüfung vorsieht, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zum Prüfbericht abgibt und der Rat der Stadt bis zum 31.03.2026 einen entsprechenden Beschluss fasst. Der Bericht der Prüfung sowie die Stellungnahme der Verwaltung wird auf der Internetseite der gpaNRW veröffentlicht. Abschließend spricht die **stellvertretende Präsidentin der gpaNRW Frau Kaspar** der Verwaltung nochmals ihren ausdrücklichen Dank für die sehr gute Zusammenarbeit aus. Sie hebt hervor, dass bereits während der laufenden Prüfung erste Empfehlungen seitens der Verwaltung aufgenommen und umgesetzt wurden. Dies sei ein deutliches Zeichen für die konstruktive Kooperation und das vertrauensvolle Miteinander im gesamten Prüfverfahren.

Herr Stadtv. Brodrick bedankt sich für die umfassende Darstellung des Prüfberichts. Gleichzeitig äußert er Sorgen hinsichtlich der vielen Feststellungen und hofft auf Besserung im Hinblick auf die kommunalen Finanzen. Abschließend erklärt er, dass er die Stellungnahme der Verwaltung mit Interesse erwartet.

Herr Oberbürgermeister Schranz spricht ebenfalls seinen Dank an alle Mitarbeitenden der gpaNRW sowie an die Mitarbeitenden der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Prüfverfahrens aus. Er weist daraufhin, dass voraussichtlich zum Jahresende die Stellungnahme der Verwaltung vorliegen wird. Im Zusammenhang mit den Baugenehmigungsverfahren betont er, dass häufig von außen Kritik an langen Bearbeitungszeiten geäußert wird. Tatsächlich zeigt der Prüfbericht jedoch, dass die Verwaltung im kommunalen Vergleich in einem zügigen Bearbeitungsbereich liegt. Positiv hebt er hervor, dass durch die Prüfungsfeststellungen konkreter Handlungsbedarf aufgezeigt wurde, zum Beispiel bei der Rechnungsprüfung hinsichtlich der IT Prüfung sowie bei den Hilfen zur Erziehung, wo erste Maßnahmen bereits angedacht sind. Die Feststellungen bezeichnete er als hilfreiche Impulse, sowohl im Allgemeinen als auch im konkreten Fall.

Anlage 1 Abschlusspräsentation GPA

3 Neues Kommunales Finanzmanagement; Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 B/17/6718 ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende **Herr Stadtv. Bischoff** bedankt sich bei der Rechnungsprüfung und der Verwaltung für den vorliegenden Bericht.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, bittet der Vorsitzende **Herr Stadtv. Bischoff** um Abstimmung über die Vorlage (Drucksache Nr. B/17/6718).

Der Rechnungsprüfungsausschuss fasst zu 1. und 4. mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der AfD Fraktion und zu 2. und 3 einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt den als Anlage beigefügten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Oberhausen zum 31.12.2023

durch die örtliche Rechnungsprüfung und schließt sich dem dort formulierten Bestätigungsvermerk an. Aufgrund der durchgeführten Prüfung wird ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

2. Der Rechnungsprüfungsausschuss leitet den oben genannten Prüfungsbericht über den Oberbürgermeister an den Rat der Stadt mit der Empfehlung weiter, den Jahresabschluss zum 31.12.2023 gemäß § 59 Abs. 3 i. V. m. § 96 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) festzustellen.
3. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt hinsichtlich des Jahresüberschusses zu beschließen, dass der Jahresüberschuss in der Ergebnisrechnung zum 31.12.2023 in Höhe von 28.619.648,00 EUR den Bestand des „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages“ verringert (siehe Aktivseite der Bilanz, Position 4.27).
4. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, dem Oberbürgermeister Entlastung zu erteilen.

4 Mündlicher Bericht des Stadtkämmerers zum Altschuldenentlastungsgesetz

zur Kenntnis genommen

Herr Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Tsalastras erläutert anhand einer Präsentation die Regelungen des Altschuldenentlastungsgesetzes, das am 9. bzw. 10. Juli im Landtag verabschiedet werden soll. In diesem Zusammenhang stellt er die hohe Verschuldung sowohl bei Investitionskrediten als auch bei den Kassenkrediten dar. Dies führt zu einer entsprechend hohen Pro-Kopf Verschuldung und zu hohen Zinsaufwendungen mit der Folge eines negativen Eigenkapitals. Anschließend stellt er die aktuelle haushaltsrechtliche Lage sowie die rechtliche Lage und Verfahrensabläufe zum Altschuldenentlastungsgesetz dar. Das Land soll demnach ungefähr 1,2 Mrd. EUR der Altschulden übernehmen, was ca. 80% der Oberhausener Kassenkredite entspricht. Es ist unter anderem ein entsprechender Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen zum Antrag auf Teilnahme am Verfahren der Altschuldenentlasten geplant. Im Anschluss erläutert **Herr Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Tsalastras** die Auswirkungen der Schuldenentlastung auf den Haushalt. So ist beispielsweise 2028 ein um 3 Jahre früherer Haushaltsausgleich und ein positives Eigenkapital ab dem Jahr 2034 zu erwarten. Die Haushaltskonsolidierung bleibt notwendig. Nachhaltigkeitsziele sollen für die nächsten Haushalte umgesetzt werden. Es ist auch geplant ein Zukunftskonzept für die Entwicklung des Haushaltes zu erstellen, was sowohl eine Nachhaltigkeitsstrategie als auch eine Finanzstrategie enthält.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Anlage 1 Präsentation Altschuldenentlastung

5 Tätigkeitsbericht der Stabsstelle Compliance M/17/6715

zur Kenntnis genommen

Herr Stadtv. Brodrick lobt die umfangreiche Arbeit der Antikorruptionsbeauftragten und bedankt sich ausdrücklich für das Geleistete.

Im Hinblick auf die interne Meldestelle für Hinweisgebende stellt **Herr Stadtv. Gadde** die Frage, wie viele Meldungen bzw. Hinweise bisher eingegangen sind.

Herr Thönissen erläutert, dass keine Meldungen über die offiziellen Meldekanäle eingegangen sind. Allerdings ist bei diversen Gelegenheiten, beispielsweise in Sensibilisierungsschulungen oder der Personalversammlung, die Beratung durch die Meldestellenbeauftragten in Anspruch genommen worden, welche jedoch nicht in konkrete Meldungen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz gemündet sind. Konkret konnte darüber hinaus, aufgrund mangelnder Zuständigkeit der internen Meldestelle, an externe Meldestellen verwiesen werden.

Nach dem Austausch der Wortbeiträge nimmt der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht zur Kenntnis.

-
- 6** **Bestellung von zwei Meldestellenbeauftragten nach § 15 Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG)**
M/17/6713
zur Kenntnis genommen

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

-
- 7** **Beitritt zum Institut der Rechnungsprüfer (IDR)**
B/17/6503
zur Kenntnis genommen

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

07.07.2025
Ausschussvorsitzender
gez. Jörg Bischoff

07.07.2025
Schriftführer
gez. Frank Thönissen